

Riesner Tageblatt



Drahtschiff
Tageblatt Riesa,
Grenzstr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beförderlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1580.
Groschasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 256.

Montag, 3. November 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertrens von Produktionsübersetzungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundchriftzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reflektierzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Besondere Abmachung zuzüglich, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzschasse 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Landwirtschaft und Preisbildung.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die Tatkräftigkeit, die Minister Schiele für sein Meßort und die Landwirtschaft zeigt, hat ihm den Ruf völliger Einseitigkeit eingetragen. Gewiß mögen diese Maßnahmen nicht gerade glücklich gewesen sein, da sie dem Staate Geld kosteten und den Eindruck erweckten, als ob der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Produktion große Geldsummen in den Schoß geworfen wurden. Tatsächlich hat sich herausgestellt, daß es bisher ein ewiges Laufen und Suchen nach wirklicher Hilfe war. Die Not der Landwirtschaft muß anerkannt werden, anerkannt werden nur die Wege nicht, die zur Befreiung dieser Not führen sollen. Allein in diesem Punkte gehen die Meinungen, jetzt auch bei den Landwirten selbst auseinander. Es hat Stützungsaktionen gegeben, ohne daß es gelang, die Produktionspreise in die Höhe zu bringen oder sie wenigstens zu halten. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind nach den letzten Feststellungen weiter gesunken. Und es geschieht der Landwirtschaft Unrecht, wenn ihr nachgesagt wird, sie träge die Schuld daran, daß sich die Lebensmittelpreise nicht rücken und rühren. Wären diese entsprechend der Preisbildung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse beim Produzenten gesunken, so müßten wir auf dem Lebensmittelmarkt durchweg eine starke Preisreduzierung feststellen. Wie ist ausgefallen, und folglich ist es begreiflich, wenn es endlich die Produktionspreise mit den Kleinhandelspreisen verhalten und Anlaß geben, der Frage nachzugehen, wo der Zwischenverdienst steckt, und wer die Preisbildung auf dem Lebensmittelmarkt verhindert.

Erkennen wir an, daß die Landwirte nicht die Schuld an der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt tragen, so müssen wir ernstlich auch eine andere Einstellung zur Landwirtschaft nehmen und dem Reichsernährungsminister größere Gerechtigkeit widerfahren lassen. Und dabei werden wir endlich verstehen, daß sich Schiele in diesem Kabinett behaupten und seine Tendenzen nicht vergeblich verhehlen kann. Die Regierung anerkennt keine schwere Aufgabe, sie hat sich bisher noch nicht von der falschen öffentlichen Meinung beeinflussen lassen, daß die Hilfsarbeit des Ernährungsministers sich gegen die Preisfestsetzungsaktion der Gesamtregierung richtet. Die Zahlen sprechen eine zu deutliche Sprache. Doch soll nicht verkannt werden, daß es selbstverständlich im Interesse des Reichsernährungsministers liegt, durch die Zoll- und Stützungsmaßnahmen, durch Monopolbildungen und Sicherheitskäufe der Landwirtschaft zu nützen. Der Misserfolg muß aber zu der Überzeugung führen, daß die Lage der Landwirtschaft noch trostloser wäre, wenn der Reichsernährungsminister nicht so eifrig am Werke gewesen wäre. Seine Lässigkeit hat im besten — wie man heute einsehen — den Zwischenstellen den Rücken gestärkt, die auf dem Wege von der Produktion zum Konsum liegen und die sich reichlichere Gewinne zuführen in der falschen Beurteilung der Tatsache, die die Landwirtschaft als den Sünderboden sah.

Bekanntlich ist Schiele aus dem Landbund ausgeschieden, man sagte, weil er freie Hand haben wollte und die Forderungen des Landbundes nicht mehr vertreten konnte. Heute steht man klarer, auch im Landbunde selbst sind die Anschauungen geteilt, was zu einer Differenz zwischen zwei Führern, zwischen Graf v. Helldorf und Herr v. Helldorf. Auf der einen Seite wird die Forderung an die Regierung überdrückt, auf der anderen will man die Arbeit des Reichsernährungsministers anerkennen und schlägt neue Wege vor, da die alten vergeblich, von dauerndem Misserfolg begleitet waren. Eine Überwindung der Forderungen, wie sie teilweise auf den Reichsernährungsminister einbringt, ist angesichts der Gesamtlage der deutschen Wirtschaft zwecklos, eine Resignation, wie sie auf der anderen Seite liegt, kann zu den schwersten Schädigungen unserer landwirtschaftlichen Produktion führen. Deshalb ist wohl der Weg, der jetzt erörtert wird, angebracht, über eine Preisbindung beim Zwischenhandel wenigstens das Abgabegeld der Landwirtschaft zu erweitern. Es braucht nicht zu erhöhten landwirtschaftlichen Preisen zu kommen, sondern ein größerer Abzug wäre schon von Nutzen.

Wir haben allen Grund, die alte Spannung zwischen Landwirten und Städtern zu bekämpfen. Es mag Zeiten gegeben haben, da sie berechtigt war. Heute haben wir uns an reale Zahlen zu halten, und diese beweisen uns, daß die Landwirte für Getreide und Fleisch und Kartoffeln, wenn wir die Hauptproduktion nennen, weniger einnehmen, als vor einem halben Jahr, so hoch auch die Hölle für Getreide und Fleisch liegen und wenn auch die Getreidefleischpreise abgeschnitten ist. Der Konsum der breiten Masse verengt sich eben, angesichts der Arbeitslosigkeit und der weiter fallenden Einnahmen immer mehr. Und geringere Nachfrage mußte notwendigerweise zu Preisnachlässen führen, die aber einseitig bei der Landwirtschaft lagen. Eigentlich ist es überaus bedauerlich, daß der Regierung bisher so wenig auf eine Regulierung des Zwischenverdienstes gerade bei den Gegenständen des täglichen Bedarfs geachtet wurde. Gewiß muß die Regierung ins Auge gefaßt werden, denn Laufende Stimmen erheben sich, die — interessiert — es ableugnen, Zwischenverdiener zu sein, die allein die Stimmung gegen die Landwirte auslösen und von ihrer Armut sprechen. Ihr Umsatz, der Umsatz des Handels an sich ist ja geringer geworden. Aber der Zwischenverdienst liegt, wie jetzt entgegen allen Behauptungen festgestellt wurde, so hoch, daß er ungerechtfertigt erscheint. Sinkende Produktionspreise hätten löstweise sinkende Konsumpreise zur Folge haben müs-

Do X nicht aufgestiegen.

Der Start bis Dienstag vormittag verschoben.

* Friedrichshafen, 2. November. Der für Sonntag früh vorgesehene Ueberführungsflug des Do. X nach Amsterdam mußte infolge des Sturmes an der englischen Küste und über Holland auf Anraten der amtlichen Wetterstation verschoben werden.

Entgegen allen Berichten sei festgestellt, daß der Ueberführungsflug nach Amsterdam nicht den Start zum Amerikaflug bedeutet, der erst ab Vissabon beginnt. Es sind vorher noch zahlreiche Vorführungsflüge in Europa vorgesehene. Das Flugschiff bleibt hartnäckig, um sofort nach Eintreten besserer Wetterlage den Flug nach Amsterdam anzutreten.

Der in Altona weisende Vertreter des ZWA teilt hierzu noch mit, daß das Flugschiff gestern vormittag gegen 9 Uhr aus der Halle auf das Wasser gebracht wurde. Die vorliegenden Wetterberichte ließen zunächst einen Start des Do. X als ziemlich sicher erscheinen. Als jedoch die Meldungen von der englischen Küste eingingen, die von Windstärke 8 berichteten, erschien es bereits zweifelhaft, ob der Start erfolgen werde. Weitere Berichte besagten dann, daß das Barometer dort in den letzten zehn Stunden um 27 Millimeter gefallen sei, und daß schwere atlantische Stürme herrschten. Ebenso meldeten Amsterdam und Rotterdam äußerst starke Winde und Regenstauer. Der Start mußte daher gegen 11 Uhr endgültig abgeblasen werden. Bald darauf wurde das Flugschiff in die Halle zurückgebracht.

Altona (Hauptstadt). Da die Wetterlage sich gegenüber Sonntag vormittag eher noch verschlechtert hat, muß damit gerechnet werden, daß der Start des Do. X auch heute noch nicht erfolgen kann. Ueber dem Schwarzwald und dem Oberheimal weht ein Südweststurm in Stärke von

20 Sekundenmetern. Zudem ist das Barometer gestern weiter gefallen.

Altona (Hauptstadt). Die Sturmverhältnisse mit Windstärke bis zu 100 Kilometer über Holland und dem Kanal machen einen Start des Do. X vor Dienstag früh unmöglich. Der Start des Flugschiffes Do. X ist daher bis Dienstag vormittag verschoben worden.

Keine Landungsfahrt des „Graf Zeppelin“ nach Chemnitz.

Statt dessen Schweizerfahrt.

* Friedrichshafen. Die für Sonntag vorgesehene Landungsfahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ nach Chemnitz mußte wegen ganz schlechter Wetterlage in Sachsen und Mitteldeutschland abgeblasen werden. Das Luftschiff ist um 10,48 Uhr zu einer kleineren Schweizerfahrt aufgehtiegen, an der 23 Personen teilnahmen. Die Fährten des Luftschiffes hat Kapitän Lehmann übernommen. „Graf Zeppelin“ ist am Sonntag nach 14 Uhr von seiner Schweizerfahrt über Friedrichshafen zurückgekehrt und bei hartem Westwinde auf dem Westsee um 15,00 Uhr gelandet. Die Flugflotte hatten eine genuehliche Fahrt über den Schneebedeckten Schweizer Alpen bei klarem Wetter und Sonnenschein. Wenn die Landungsfahrt nach Chemnitz ausgeführt wird, steht noch nicht fest.

lichen Gründen in Urlaub befindlichen Parteiführer Dr. Scholz wurde ein Begrüßungstelegramm geschickt.

Führertrife in der Wirtschaftspartei.

ndt. Berlin. Der zweite Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Collofer, hat sein Amt niedergelegt. Er beabsichtigt diesen Schritt damit, daß der Parteiführer, Reichstagsabgeordneter Dremik, die Abreise von Reichstagsmitgliedern und Abgeordneten selbstberlicker Landungsweise brüskiert habe. Die weitere Behandlung, daß auch der Führer der preussischen Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei, Abg. Labendorf, und der Generalsekretär der Partei, Landtagsabgeordneter Tannenberg, ihre Ämter niedergelegt hätten, wird von beiden Herren demittiert. Collofer hat die Absicht geäußert, aus der Wirtschaftspartei nach auszuweichen.

Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Dremik, erklärt uns zu den Differenzen mit Collofer, daß sie hauptsächlich auf Meinungsverschiedenheiten über die Haltung gegenüber dem Berufsbeamtentum zurückzuführen. In der „Deutschen Mittelstandszeitung“, dem Parteiblatt der Wirtschaftspartei, in dessen Verlag Collofer führend tätig war, ist leinereit das sogenannte „Madenlied“ erschienen, das starke Angriffe gegen das Beamtentum enthielt. Auf den letzten großen Beamtentagungen sind deshalb heftige Beschwerden gegen die Wirtschaftspartei erhoben worden. Herr Dremik betont, daß der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei festgestellt habe, daß die Partei als solche sich nicht mit den starken Angriffen gegen das Berufsbeamtentum identifizieren wolle. Um nun in Zukunft ähnliche Veröffentlichungen in dem Parteiblatt zu verhindern, habe der Reichsausschuß beschlossen, daß alle Artikel für das genannte Blatt vor ihrer Veröffentlichung dem Parteiführer vorzuliegen seien. Durch diesen Beschluß, so erklärte Dremik weiter, habe sich wohl Herr Collofer brüskiert gefühlt.

Der Abg. Labendorf teilte uns mit, daß er vorläufig nicht daran denke, seine Parteiämter niederzulegen. Es gäbe allerdings auch in der Wirtschaftspartei Meinungsverschiedenheiten über wichtige politische Fragen, so darüber, ob es richtig war, dem Ueberbrückungskredit zuzustimmen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die Zwangs-wirtschaft erst in einigen Jahren aufgehoben werde. Aber weder er, Labendorf, noch der Abg. Tannenberg haben einwilligen sich dem Vorgehen des Abgeordneten Collofer angeschlossen.

Die heimattreuen Ost- und Westpreußen bei Dr. Curtius

Berlin, 3. November.

Reichsaussenminister Dr. Curtius empfing gestern eine Abordnung des zur Zeit in Berlin tagenden Gesamtverbandes des Reichsoberbandes der heimattreuen Ost- und Westpreußen sowie der Spitzenorganisation der Memelländer im Reich. In der Besprechung wurden eingehend die besonderen Nöte und Sorgen des deutschen Ostens sowie die Ziele und Maßnahmen der Reichsregierung zur Abänderung der unzulässigen Lage erörtert.

sen. Das ist nicht der Fall gewesen, und folglich darf man heute nachrücklicher auf die Tatsache hinweisen, daß wir weniger den Reichsernährungsminister zu bekämpfen haben, weniger den Landwirten die Schuld zuschieben dürfen, sondern den Zwischeninstanzen die Forderung vorlegen müssen, daß sie sich auf die Bedingungen der Zeit einstellen. Und wenn sie nicht freiwillig eine Preisbindung nach unten vornehmen können, müssen eben geeignete Maßnahmen gegen sie einleiten.

Die Politik der Deutschen Volkspartei.

Die Nationalliberale Correspondenz, der parteiamtliche Pressebeist der Deutschen Volkspartei, teilt mit, daß der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei gestern im Reichsklub der Deutschen Volkspartei zu einer Verammlung zusammengetreten war. Reichstagsabgeordneter Dingeldey, der die Tagung leitete, führte u. a. aus: Für die parlamentarische Haltung der Reichstagsfraktion der DVP war und bleibt entscheidend die Tatsache, daß sie eine durchgreifende und großzügige Reform auf steuer-, sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiet als einzige Möglichkeit zur Rettung des Vaterlandes sieht. Sie steht der Regierung in fraktioneller Ungebundenheit mit eigener Verantwortung gegenüber und hat die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die klare Sache des Reformwillens nicht durch irgendwelche sozialistischen Einfüßle abgeboten wird. Schon im Laufe dieses Monats, spätestens bei Zusammenritt des Reichstags, muß die Regierung, wenn sie den durch die Notverordnung beschrittenen Weg in seiner Grundrichtung nicht preisgeben will, auf den Widerstand der Sozialdemokratie stoßen. Jede Nachgiebigkeit gegenüber sozialistischen Wünschen muß eine völlige Schwächung der Reichstagsfraktion der DVP zur Folge haben. In diesem Falle muß die Regierung sich dessen bewußt sein, daß eine solche Entwicklung zugleich die Gefahr ihres Sturzes durch die Mehrheit der bürgerlichen Parteien bedeuten kann.

Die Annahme der Entschlüsse über die Abrüstung im Auswärtigen Ausschuß, die von der DVP im Einvernehmen mit dem Außenminister ausgeartet worden ist, durch die Nationalsozialisten und die übrigen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Hugenberggruppe beweist, daß es möglich ist, für die kommenden internationalen Auseinandersetzungen auch die in der nationalsozialistischen Bewegung enthaltenen Kräfte einzusehen. — Weiter legte Abgeordneter Dingeldey die Grundzüge der Politik der DVP für die nächste Zukunft dar. Er trat dabei für eine verfassungsrechtliche Reform zur Befestigung des Parlamentarismus, insbesondere für eine Stärkung der Reichspräsidentengewalt, für eine erste Kammer und Reichsreform ein.

Auf dem Gebiete der Sozial- und Wirtschaftspolitik verlangte er eine auf dem Boden der Privatwirtschaft aufgebaute großzügige Zusammenfassung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch eine Neubelebung des Gedanken der Arbeitsgemeinschaft. In der Außenpolitik forderte er eine starke, dem Empfinden des Volkes entsprechende Aktivität. In der Aussprache wurden die außenpolitischen Forderungen, wie die AVG, meldet, von Reichsaussenminister Dr. Curtius bejaht.

Die Tagung des Zentralvorstandes findet am 30. Nov. und 1. Dezember in Berlin statt. An den aus achtund-